

Seidel, Heinz

Article — Digitized Version

Der Kaufkraftmangel in Westberlin

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Seidel, Heinz (1950) : Der Kaufkraftmangel in Westberlin, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 2, pp. 29-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131047>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Kaufkraftmangel in Westberlin

Dr. Heinz Seidel, Berlin

Wer erwartet hatte, daß nach der deutschen Währungsreform Mitte 1948 sich zwischen der neugeschaffenen Deutschen Mark West (DMW) und der ebenfalls neugeschaffenen Deutschen Mark Ost (DMO) eine Kursrelation herausbilden würde, die die Kaufkraft der beiden neuen Währungen reziprok wieder gespiegelt hätte, hat eine große Enttäuschung erleben müssen. Mit der Währungsreform ist die Periode des „ungeklärten Zwischenzustandes“ zwischen deutscher West- und Ostwirtschaft nicht beendet worden. Im Gegenteil, Reibungen und Zufälligkeiten, die die Ökonomie des ungeklärten und ungesicherten Zwischenzustandes kennzeichneten, haben sich verstärkt und verfestigt. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die ehemalige Reichshauptstadt Berlin und ihren dreigeteilten westlichen Sektor. Reibungen und Zufälligkeiten haben hier immer weiter vom Normalen weggeführt. Schließlich ist Berlin zum deutschen, ja europäischen Notstandsgebiet schlechthin geworden, in dem beinahe jeder dritte Erwerbsfähige arbeitslos ist und dessen Finanz- und Kreditsystem zusammenzubrechen droht.

Der jüngste Leidensweg der westberliner Wirtschaft zerfällt in zwei Etappen, in die Zeit des „Zwischenzustandes“ von der Währungsreform bis zur Blockadeaufhebung und Einführung der DMW als dem alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel sowie in die Zeit des „Zwischenzustandes“ nach April 1949, in der die Krücken des zweifachen Währungsumlaufes beseitigt worden sind und Westberlin als besonderes Wirtschaftsgebiet in die deutsche Westzonenwirtschaft einbezogen werden sollte.

In der ersten „Zwischenperiode“ von Juni 1948 bis April 1949 zeigte die Kursrelation DMW zu DMO deutlich die Tendenz, die Höhe der Schwarzmarktpreise in der Ostzone und im Ostsektor Berlins widerzuspiegeln; der von Anfang an schwache Ostmarkkurs war in erster Linie ein östlicher Schwarzmarktindex. Mehr und mehr bewirkten aber die immer deutlicher werdenden ost-westlichen Kapitalfluchtendenzen und die östliche Sondernachfrage (der sog. „Volkseigenen Betriebe“ und der Sowjetaktiengesellschaften) nach DMW zum Kauf dringend benötigter Mangelgüter aus der westlichen Sphäre (Rohstoffe, Spezialmaschinen etc.) die Tendenz zum weiteren Abgleiten des DMO-Kurses. Es bildete sich die zunächst durchaus nicht gewollte „spekulative Unterbewertung“ der Ostmark heraus. Nach vorübergehender Besserung des DMO-Kurses anlässlich der

UN-Verhandlungen im November und Dezember 1948 (1 DMW = 3,5 DMO) sank dieser Kurs seit Ende 1948 langsam und mit zeitweiligen Unterbrechungen auf das jetzt übliche Niveau (1 DMW bei 5 bis 6 DMO). Dieser von ostzonaler Seite als „spekulativ“ (unterbewertet) bezeichnete Ostmarkkurs ist der Kurs der Binnenwährung eines notleidenden, gefährdeten Wirtschaftsgebietes, in dem planwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Experimente laufend Kapitalflucht verursachen und in dem der Bedarf an fehlenden Ergänzungsgütern verschiedenster Art zu einer sehr unelastischen Nachfrage nach den knappen Gütern im Nachbargebiet führte. An der chronischen Kurschwäche der DMO hat sich auch nach der Einführung der DMW als dem alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in Westberlin im Frühjahr 1949 nichts geändert, nur machten sich seitdem Anzeichen bemerkbar, die darauf hindeuteten, daß man sich an der Kursschwäche von ostzonaler Seite durchaus interessiert zeigte — hauptsächlich wohl deshalb, weil man dadurch die westberliner Wirtschaft sehr empfindlich stören konnte.

KAUFKRAFTABFLUSS NACH DEM WESTEN

Durch die westdeutsche Währungsreform war die DMW als primäres gesetzliches Zahlungsmittel — primär deshalb, weil daneben auch die DMO als eine Art subsidiäres Zahlungsmittel umlief, verwendbar für alle Rationskäufe, zur Zahlung von Steuern, Gebühren, Mieten usw. — eingeführt worden. Die Kaufkraft der DMW im westberliner Gebiet war und blieb trotz mancher Anpassungen wesentlich geringer als in Westdeutschland. Es würde zu weit führen, im einzelnen auseinanderzusetzen, warum das so war und lange Zeit so blieb. Die Folgen der Kaufkraftschwäche und des Mangels an Kaufmöglichkeit der DMW in Westberlin zeigten sich deutlich. Die DMW „wollte“ durchaus nicht in Westberlin bleiben, sie war bestrebt — gemäß der alten Greshamschen Regel, nach der das schlechtere Geld das gute vertreibt — nach dem Westen abzuwandern. Da Westberlin in dieser Zeit noch eine Sekundärwährung hatte, wirkte sich das Abströmen der DMW für Westberlins Wirtschaft nicht so katastrophal aus, wie es der Fall gewesen wäre, wenn die DMW von vornherein einziges gesetzliches Zahlungsmittel gewesen wäre. Auch erfolgten trotz der Blockade nach und nach gewisse Anpassungen des westberliner Preisniveaus an das der Westzonenwirtschaft, da vornehmlich via Luftbrücke

freie Westgüter nach Westberlin einsickerten. Dadurch wurden die Tendenzen zum Abströmen der DMW zweifellos abgeschwächt.

Grundlegend änderten sich die Verhältnisse für Westberlins Wirtschaft seit April 1949, als die DMW alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel wurde. Daß dieser Übergang sehr große Schwierigkeiten bringen würde, darüber war man sich im klaren. Trotzdem wurde der Schritt gewagt, und zwar in erster Linie aus politischen Erwägungen heraus: Man wollte, daß die prekäre Lage Westberlins unverschleiert durch die Doppelwährung sichtbar werde. So hoffte man auf großzügigere und energischere Hilfe insbesondere von seiten der Westmächte. Mit einem Schlage wurde nach dem Übergang zur Westwährung und nach der Blockadeaufhebung Westberlin mit freien Westwaren überschwemmt, mit Waren, die Berlin als einem zusätzlichen Absatzgebiet mit großer Intensität zuströmten und auch fast ohne Hemmung zuströmen konnten. Übergangslos, ohne daß Zeit vorhanden gewesen wäre, das westberliner Bewirtschaftungs- und Verteilungssystem anzupassen und sinnvoll umzustellen, ohne daß eine Zwischenperiode eingeschaltet worden wäre, in der zunächst Rohstoffe, Hilfsstoffe und wichtige Betriebsmaterialien herangebracht worden wären, um die aller Hilfsquellen baren westberliner Produzenten wieder arbeits- und exportfähig werden zu lassen — ohne solche Schonfrist also wurden die Konsumgüter wahllos nach Westberlin geworfen. Die Bedarfsstauung in Westberlin führte notwendig dazu, daß DMW-Bestände in den Geldtaschen und Kassen Westberlins ins Rollen kamen, und zwar in Richtung Westen. Trotz der Beschränkung und Regulierung der Zahlungsmöglichkeiten wanderten die Westmarknoten in Lastzügen, mit Eisenbahnwagen u. dergl. nach dem Westen. Der gegenläufige Strom von Entgelten für westberliner „Exporte“ aber war und blieb spärlich. Die westberliner Wirtschaft war ja zunächst überhaupt nicht voll arbeitsfähig und nicht exportfähig, hätte dieses auch erst nach einer längeren Anlaufperiode werden können. Für den westberliner Wirtschaftskreislauf bedeutete das den Verlust eines wesentlichen Teiles seines betriebsnotwendigen Geldkapitals. Dabei fehlte es zunächst an einem einsatzfähigen Bankapparat, um die Wirtschaft mit Betriebs- und Anlaufkredit zu versorgen. Somit fehlte auch der den Bargeldumlauf ergänzende Buchgeldüberbau. Publikum und Wirtschaft waren und blieben in viel stärkerem Umfang auf Bargeldtransaktionen angewiesen als in den Westzonen und wurden deshalb auch durch das zu Bargeldverknappung führende Abströmen von Kaufkraft besonders hart getroffen. Im Laufe des Sommers ist dann zwar ein neuer Bankapparat entstanden. Seine Kapitalbasis kann aber kaum als ausreichend und tragfähig bezeichnet werden. Infolge der „zu knappen“ und labilen Bargeldbasis konnte dieser neue Apparat Westberlins Wirtschaft nur ganz ungenügend mit Buchgeld versorgen. So befanden sich von den für Westberlin emittierten 500 Mill. DMW-Noten Ende August 1949 höchstens noch 300 Mill. DMW im Umlauf; das „Buchgeldvolumen“ (die Summe der Bankkreditoren) hatte zum gleichen Zeitpunkte noch nicht

200 Mill. DMW erreicht. Die relativ geringfügigen Kredit- und Finanzhilfen für Westberlin in der Zeit nach Aufhebung der Blockade haben an dem entstandenen Kaufkraftmangel Westberlins nichts Entscheidendes geändert, blieb doch Westberlins Zahlungsbilanz hoffnungslos passiv (auf das Jahr gerechnet wird die Passivität mehr als 1 Milliarde DMW betragen), weil die ersehnten Aufträge für die westberliner Industrie nicht oder wenigstens nicht in ausreichendem Umfange kamen. Es zeigte sich nämlich immer offensichtlicher, daß die westberliner Industrie gegenüber dem Westen nicht bezw. nicht voll konkurrenzfähig arbeiten konnte. Die Ursachen dieser mangelnden Konkurrenzzähigkeit sind hauptsächlich struktureller Art; sie können nicht durch kurzfristig wirkende Mittel und Maßnahmen, sondern nur durch umfangreiche Investitionen beseitigt werden, die erst nach längerer Zeit des Auf- und Ausbaues Früchte tragen können.

Zu den Kriegsschäden, den Demontageverlusten — die Demontagen in Berlin überstiegen den Umfang der Demontagen in der Ostzone noch bedeutend — und dem Substanzverzehr der ersten Nachkriegsjahre kommen für die westberliner Wirtschaft noch die Blockadeschäden und eng damit zusammenhängend die durch die Betriebsverlagerungen, Betriebsabwanderungen und Kapitalflucht entstandenen Schäden, die nach der Blockadeaufhebung nicht verschwunden sind. Es ist also nicht verwunderlich, daß ein so geschwächter und abgewirtschafteter Produktionsapparat mit sehr stark geminderter Produktivität bezw. mit sehr überhöhten Kosten (übernormale Reparaturen, Instandhaltungskosten, dazu kostspielige und kostenblähende Provisorien und Improvisationen) arbeiten muß. Auch hielten sich trotz der grundlegend veränderten Nachkriegsverhältnisse die Handelsspannen, die Gebühren für Vermittlungen und Dienste, zahlreiche Aufschläge, Miet- und Pachtkosten etc. auf einer Höhe, die wohl für die Zeit, da Berlin noch eine Metropole und damit auch die „teuerste Stadt des Reiches“ war, gerechtfertigt sein mochte, aber für einen zur „Provinzstadt“ abgesunkenen Platz mit denkbar ungünstiger Transportlage zu seinem Hauptabsatzgebiet in keiner Weise berechtigt ist. Solange alle diese Kostenelemente ganz oder teilweise mit der „billigen“ Ostmark bezahlt werden konnten, blieben sie erträglich. Nachdem aber alles in der „teueren“ Westmark zu bezahlen war, mußten sie sich als weit überhöht erweisen. Der Weg zum Kostenniveau einer transportungünstig gelegenen Provinzstadt ist schwer, und die Widerstände gegen entsprechende Angleichungen sind sehr groß. Westberlin aber muß, um ein „organischer Bestandteil“ der westdeutschen Wirtschaft zu werden, den Weg zum Niveau einer billigen Provinzstadt finden. Solange solche Anpassungen der Kostenelemente und dazu die nur durch bedeutende Investitionen erzielbaren Produktivitätssteigerungen noch nicht erreicht sind, wird auch bei noch so bedeutender Finanz- und Kapitalhilfe ein Kaufkraftgefälle von Westberlin nach den Westzonen hin bestehen bleiben, und auch der chronische Kaufkraftmangel kann nicht eher verschwinden.

ZERSTORTE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Zu den Störungen der westberliner Wirtschaft durch den Kaufkraftabfluß nach dem Westen kommen die Störungen durch den Wegfall der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Berliner Ostsektor und mit der Ostzone, die sich auch nach der Blockade noch keineswegs wesentlich verdichtet haben. Bis zur Einführung der Westmark als alleinigem gesetzlichen Zahlungsmittel in Westberlin war immer noch ein gewisses Interesse an Ostmarkerlösen gegeben, denn man konnte ja die Ostmark für Lohn- und Gehaltszahlungen verwenden. Allerdings boten sich zum legalen Ostmarkerwerb mittels „Export“ während der Blockadezeit keine legalen Möglichkeiten. Nach Einführung der Westmark als einzigem gesetzlichen Zahlungsmittel aber wurden die meisten „Exporte“ nach dem Osten für Westberlins Industrie und Gewerbe uninteressant. Zwar bestand auch weiterhin vom Osten her großes Interesse für Westberliner bzw. westdeutsche Industriegüter trotz der (zufolge des niedrigen Ostmarkkurses) hohen Preise der Westgüter, weil an vielen dieser Güter im Osten ein absoluter Mangel herrschte, aber die Veranlassung für westberliner Produzenten zum „Export“ nach Osten war gering geworden. Zur Bezahlung bzw. zum Erwerb mancher arbeitsintensiver handwerklicher und gewerblicher Güter und Leistungen allerdings lohnte es sich auch weiterhin, Ostmark zu erwerben. In bedeutenderem Umfange ist aber von westberliner Seite zu diesem Zwecke weder exportiert noch direkt Ostmark nachgefragt worden. Deshalb konnte auch die so entstehende Nachfrage nach Ostmark kaum etwas an der Kursschwäche der Ostmark ändern.

Im Gegensatz zu den sehr beschränkten Anreizen für die Wirtschaft haben sich infolge des „unterbewerteten Ostmarkkurses“ für die westberliner Einkommenbezieher mancherlei günstige Einkaufsmöglichkeiten im Osten ergeben¹⁾. So werden zweifellos beträchtliche DMW-Beträge aus Westberlin nach Osten abgesaugt. Wie sich später zeigen wird, kommt es dadurch für die westberliner Industrie und besonders für Gewerbe und Handwerk zu einem absoluten Nachfrage- bzw. Auftragsausfall, was in manchen Fällen von großem Nachteil war (so bei den Friseuren, Schneidern etc.). Obwohl sich die Kaufmöglichkeiten der DMO hauptsächlich auf die Rationswaren zu Stopp-Preisen beschränken, bleiben doch für das westberliner Publikum manche gewerblichen und handwerklichen Leistungen und dazu manche ostzonale Schwarzmarktwaren frei käuflich. Daneben aber werden bekanntlich in staatseigenen Verkaufsstellen — in den HO-Läden und HO-Gaststätten — sogenannte „freie Waren“ zu legal überhöhten Preisen angeboten. Gemessen an den legalen Stopp-Preisen des Ostens werden diese „freien Waren“ zwar zu stark über-

¹⁾ Die Absatzstockungen und Preisrückgänge bei zahlreichen Massenverbrauchsgütern seit etwa Jahresende 1949 in Westberlin haben manche günstigen Kaufmöglichkeiten für Westberliner im Osten wieder verschwinden lassen. In vielen Fällen hat sich die Position gewandelt. Für Güter, die ehemals der Westberliner vorteilhaft im Osten kaufen konnte (Zucker, Eier usw.) ist die westberliner Preissituation heute so, daß es für den Ostberliner bzw. den Ostzonenbewohner vorteilhaft geworden ist, in Westberlin einzukaufen.

höhten Preisen vertrieben, trotzdem aber lohnt es sich oftmals für den Westberliner, bei dem in der Regel sehr niedrigem Ostmarkkurs solche Waren zu kaufen, soweit dieselben in qualitativ einwandfreier Art angeboten werden. Schließlich werden von ostzonalen Seite (von der sog. „Deutschen Wirtschaftskommission“ und auch von der Besatzungsmacht selbst) reguläre Schwarzmarktgüter wie Kaffee, Zigaretten, Schokolade etc. in größeren Posten in die Westsektoren verkauft, und zwar in der Regel gegen direkte DMW-Zahlung. Trotz des wachsenden Zollfahndungsdienstes gelangen laufend bedeutende Mengen solcher „Stapelwaren“ nach Westberlin, um hier konsumiert zu werden oder um weiter nach den Westzonen zu gehen. So hat z. B. der brasilianische Rohkaffee eine weltwirtschaftlich sehr interessante Reise hinter sich, wenn er über Antwerpen via Lastzug durch Belgien, Holland, Westdeutschland, deutsche Ostzone, Ostberlin nach Westberlin und von dort u. U. weiter nach Westdeutschland gelangt.

Die auf diesen Wegen abgesaugten DMW-Beträge reichen freilich bei weitem nicht aus, um die „spekulative Unterbewertung“ der Ostmark wirklich wesentlich abzumildern. Der intensive Warenhunger des Ostens und die ost-westlichen Kapitalfluchtendenzen treiben nämlich die abgesaugte Westmark wieder zurück und führen darüber hinaus zu einem zusätzlichen Ostmarkangebot, nicht zuletzt deshalb, weil die Einkommenbezieher der Ostzone und Ostberlins laufend in großem Umfang Konsumgüter (Büchlinge, Textilien etc.) in Westberlin kaufen und zu diesem Zwecke ihre überschüssigen Einkommenbeträge in Westmark umwechseln. Obwohl man also nicht sagen kann, daß die DMW einseitig nach Osten abfließt — die Gegenströmungen gegen dieses Abfließen sind viel mächtiger —, erleidet Westberlins Wirtschaft doch durch die Käufe im Osten einen sehr empfindlichen Schaden. Während nämlich die nach Osten fließende Westmark der ostzonalen bzw. ostberliner Wirtschaft als Aufträge und zusätzliche Nachfrage unmittelbar zugute kommt, ist das bei der östlichen Nachfrage nach Westgütern in Bezug auf Westberlin durchaus nicht der Fall. Die vom Osten nachgefragten Westgüter werden ja in aller Regel in Westberlin nur umgeschlagen und entstammen hauptsächlich der westzonalen Produktion, wobei sogar die Kosten für Transport und Vermittlung über Westberlin nicht auf Westberlins Rechnung gehen. In vielen Fällen wird die östliche Nachfrage nach Westgütern auch direkt aus den Westzonen über die Zonengrenzen befriedigt, ohne daß Westberlin als Umschlagsplatz benutzt wird. Deshalb fließt der die östliche Nachfrage begleitende DMW-Strom fast ungeschmälert über Westberlin oder gar an Westberlin vorbei nach Westdeutschland weiter. Bei diesem „Dreiecksverkehr“ zwischen Westdeutschland—Ostdeutschland und Westberlin kommt es also zu einem zusätzlichen Abströmen von DMW-Kaufkraft aus Westberlin, und zwar auf dem Umwege über den Osten nach Westdeutschland. Man kann das auch so ausdrücken: Die vom Osten angebotenen DMO-Mengen kehren über Westberlin wieder zurück in ihr Binnengebiet; die aus Westberlin angebotenen DMW-

Beträge aber kehren entweder gar nicht wieder nach Westberlin zurück, weil sie direkt nach Westdeutschland gelangen, oder sie strömen nur durch Westberlin hindurch weiter nach Westdeutschland. Dadurch muß per Saldo für Westberlin ein zusätzlicher Kaufkraftmangel, für die westberliner Wirtschaft ein absoluter Nachfrageausfall entstehen; der an sich schon vorhandene chronische Kaufkraftmangel wird also noch gesteigert, solange kein kompensierender Strom von Westaufträgen für Westberlin ausgleichend wirkt. Dieser Strom ist bisher nur spärlich geflossen. Eine fühlbare Zunahme der Westaufträge konnte erst gegen Ende des vergangenen Jahres festgestellt werden. Aber auch im ersten Monat des laufenden Jahres sind der geringe Auftragsbestand und die geringfügigen Produktionszunahmen ein deutliches Zeichen dafür, daß die Westaufträge, ohne die die westberliner Industrie verkommen muß, noch sehr auf sich warten lassen.

Mit Einführung der Westmark als dem alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in Westberlin ist der Wille, Westberlin an die „freie Marktwirtschaft“ des Westens anzugliedern, eindeutig zum Ausdruck gekommen. Obwohl nicht gesagt werden kann, daß eine

solche Angliederung gelungen sei oder daß sie wenigstens schon einigermaßen weit fortgeschritten sei, wird man doch heute die einmal eingeschlagene Marschrichtung kaum noch grundsätzlich ändern können, ohne daß noch größere Schäden entstehen, als bisher schon durch Zögern und Versäumnis entstanden sind. Bei sinnvollem und wohlüberlegtem wirtschaftspolitischen Vorgehen muß es sich eines Tages zeigen, daß es besser ist, einmalig Investitionsmittel zum Aufbau und zur Modernisierung auszugeben, als laufend Kredite und Geschenke à fonds perdu in ein Notstandsgebiet zu werfen, nur um zu verhindern, daß es zu einem ökonomischen und finanziellen Zusammenbruch kommt. Nach Magistratsplänen wäre, um den Produktionswert Westberlins etwa zu verdoppeln, ein Investitionsaufwand von ca. einer halben Milliarde DMW notwendig. Tatsächlich wird der westberliner Investitionsbedarf wohl noch wesentlich höher liegen. Es ist jedoch zu bedenken, daß durch solche Investitionen ein Jahr für Jahr wieder auftretender Bedarf zur Deckung des westberliner Zahlungsbilanzdefizits stark herabgedrückt und eines Tages vielleicht ganz beseitigt werden kann.

Der Aufbau der Eisen- und Stahlindustrie der Ostzone

(Von unserem Fachkorrespondenten in der Ostzone)

Gegenüber der mächtigen eisenschaffenden Industrie Westdeutschlands im Ruhrgebiet spielte die Eisen- und Stahlgewinnung in den Gebieten der heutigen Ostzone von jeher nur eine geringe Rolle. 1936 entfielen von der gesamten deutschen Rohstahlproduktion (18,14 Mill. t) nur 1,2 Mill. t (= 6,6%) auf die Gebiete der heutigen Ostzone. Und von dem für 1936 auf Grund der Industrieberichterstattung errechneten Nettoproduktionswert der Eisen- und Stahlindustrie, der für die Gebiete der heutigen amerikanischen, englischen und sowjetischen Zone insgesamt 1032 Mill. RM betrug, entfielen nur 133,2 Mill. RM (= 12,9%) auf die Ostzone. 1938 wurden in Deutschland etwa 14,2 Mill. t Walzwerkserzeugnisse verbraucht. Davon verbrauchte der mitteldeutsche Raum rd. 3,3 Mill. t. Er erzeugte selbst aber nur 1,3 Mill. t. Die fehlenden 2 Mill. t Walzstahl bezog Mitteldeutschland zum größten Teil (1,4 Mill. t) aus dem Ruhrgebiet, 0,2 Mill. t aus Oberschlesien und je 0,17 aus der jetzigen amerikanischen und französischen Zone.

AUSRÜSTUNG BEI KRIEGSENDE

Es waren vor allem Werke des ehemaligen Flick-Konzerns, der Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G., die in Mitteldeutschland Eisen und Stahl erzeugten. Zu ihm gehörten vor 1945 folgende Eisenhütten, Stahl- und Walzwerke:

Abteilung Unterwellenborn der Eisenwerk-Gesellschaft MAXIMILIANHUTTE, ein Hochofen-, Stahl- und Walzwerk;

Stahlwerk RIESA, ein Siemens-Martin-Stahlwerk und Walzwerk;

Stahl- und Walzwerk GRODITZ (bei Riesa) mit Stahlformgießerei, Graugießerei, Tempergießerei, Röhren- und Walzengießerei;

Sächsische Gußstahlwerke DOHLEN in Freital und Pirna, ein Stahl- und Walzwerk;

Stahl- und Walzwerk HENNIGSDORF, ein Stahl- und Blechwalzwerk mit Stahlformgießerei;

Stahl- und Blechwalzwerk Weber in BRANDENBURG an der Havel, mit Eisengießerei;

Hochofenwerk Kraft in KRATZWIEK bei Stettin, das Gießerei-Roheisen erzeugte,

sowie Ferrolegierungswerke in SPREMBERG, LIPPENDORF und EULA.

Außerdem bestanden noch das Eisenhüttenwerk THALE, das nach mehrfachem Aktienpaketwechsel 1940 von der Eisen- und Hüttenwerk A.-G. Bochum übernommen wurde, sowie das Hüttenwerk Hofmann & Motz in EBERSWALDE, ein kleines Warmwalzwerk für Stabeisen.

Alle diese Werke waren während des Krieges in die Kriegsrüstung eingespannt und für ausgesprochene Rüstungsaufträge (Geschützrohre, Panzerkuppeln und Panzerwagenteile, Geschosse usw.) eingerichtet worden. Sie waren nach dem Kriege noch völlig intakt. Die Stahl- und Walzwerkseinrichtungen von Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa, Gröditz und Döhlen wurden demontiert und nach der Sowjetunion gebracht. Die